



Programm 2004 - 2009

Mit Kandidatinnen und Kandidaten.

Kreis Coesfeld

Sie entscheiden vor Ort

www.gruene-coe.de

BÜNDNIS 90

DIE GRÜNEN



Inhalt

1	Sozialpolitik ist mehr als Existenzsicherung	Seite 4
2	Bildung ist Investition in die Zukunft	Seite 6
3	Geschlechtergerechtigkeit für Frauen und Männer	Seite 8
4	Jugendpolitik ist Querschnittsaufgabe	Seite 10
5	Minderheitenpolitik Seite 10 ist eine Politik für uns alle	Seite 11
6	Kulturpolitik macht Leben lebenswert	Seite 13
7	Energiepolitik die Energiewende vollziehen	Seite 14
8	Wirtschaftspolitik ist kein Selbstzweck	Seite 15
9	Landwirtschaftspolitik Existenz sichern – Natur schonen	Seite 16
10	Natur und Landschaftsschutz Erhalt unserer Lebensgrundlagen	Seite 17
11	Verkehrspolitik mit neuen Ideen unterwegs	Seite 18
12	Bürgerbeteiligung bürgernah und transparent	Seite 19
13	Landratskandidat Willi Kortmann	Seite 20
	Kandidaten der Reserveliste	Seite 22
	Kandidaten der Wahlbezirke	Seite 23

Impressum:

Herausgeber: Bündnis 90 / Die Grünen Kreisverband Coesfeld

V.i.S.d.P: Richard Dammann, Nottuln (Sprecher)

Satz und Gestaltung: Rudi Müller, www.ateliermueller.de

gedruckt auf (Recycling Papier)

Liebe Wählerinnen, liebe Wähler,

die Grünen im Kreis Coesfeld feiern im November 2004 ihr fünfundzwanzigjähriges Bestehen .Seit 1984 gibt es Grüne in den Stadt- und Gemeinderäten unseres Kreises und auch im Kreistag. Sie haben uns in diesen Jahren mit Kritik und Wohlwollen begleitet und gestärkt und uns mit Ihren Stimmen Ihr Vertrauen ausgesprochen. Dafür danken wir Ihnen.

Die schwierigen intensiven Diskussionen um die Beteiligung deutscher Soldaten im Afghanistankrieg unter grüner Regierungsbeteiligung haben uns Zweifel eingebracht und Kraft gekostet, viele Mitglieder unserer Partei haben diesen Beschluss nicht mittragen wollen, einige haben uns verlassen.

Aber auch neue Mitglieder sind hinzugekommen, haben uns Mut gemacht und unseren Einsatz für eine engagierte Kommunalpolitik im Kreis Coesfeld mitgetragen. Unsere Kreisliste ist gut aufgestellt und in Stadt- und Gemeinderäten sind Bündnis 90/Die Grünen kompetent vertreten.

Wir haben gezeigt, dass auch eine kleine Fraktion in der Opposition politische Entscheidungen herbeiführen und Mehrheitsbeschlüsse mit grünen Positionen ergänzen oder korrigieren kann.

Wir werden uns auch in Zukunft nicht davor scheuen, Themen aufzugreifen, die gegen die Auffassungen der Mehrheitsfraktion stehen und gegebenenfalls auch Fehlentscheidungen und –entwicklungen aufgreifen und darstellen, die sonst vielleicht ungenannt blieben.

Wir stehen für einen Politik- und Debattenstil, der nicht durch Ignoranz und Polemik geprägt ist, sondern mit Argumenten und mit Kenntnis überzeugen will, um unsere Vorschläge und Forderungen durchsetzen zu können.

In unserem Wahlprogramm haben wir Schwerpunkte unserer Leitlinien aufgezeigt. Wir hoffen, dass wir damit ihr Interesse und ihre Zustimmung gewonnen haben. Mit Ihrer Wahl für Bündnis 90/Die Grünen unterstützen Sie uns bei unserer Arbeit.

Annette Mönning Richard Damman

(SprecherIn und Sprecher des Kreisverbandes von Bündnis 90 / Die Grünen)

Sozialpolitik

ist mehr als Existenzsicherung

1

Durch die Veränderungen in der Gesundheits-, Renten- und Arbeitsmarktpolitik wird die Agenda 2010 für alle Bevölkerungsgruppen spürbare Auswirkungen haben. Bündnis 90/Die Grünen sehen die Notwendigkeit, die sozialen Leistungssysteme auf den Prüfstand zu stellen. Wir sehen aber auch, dass der derzeitige Umbau, insbesondere bei langzeitarbeitslosen Menschen (Hartz IV), zu gravierenden Einschnitten führt.

Viele Menschen im Kreis Coesfeld sind auf die Unterstützung des Sozialamtes angewiesen. Arbeitslosigkeit, Pflege von Kindern und Angehörigen, Krankheit, Alter, Behinderung, Ausbildungsmängel usw. können Menschen hindern, selbständig für ihren Lebensunterhalt zu sorgen. Umso wichtiger ist es, Programme wie "Hilfe zur Arbeit" fortzuführen bzw. auszuweiten, die dazu beitragen, Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und sie finanziell unabhängig zu machen. Öffentliche Finanzmittel können dadurch eingespart werden.

Im Sinne der betroffenen Menschen, aber auch zur perspektivischen Entlastung öffentlicher Haushalte erachten wir Grünen es als notwendig, durch die Entwicklung eines kommunalen Qualifizierungsprogramms, Arbeitslosen auch dann eine Rückkehrchance in den Arbeitsmarkt zu eröffnen, wenn sie die Anforderungen der Agentur für

Arbeit noch nicht erfüllen. Die Erfahrungen und Kompetenzen, die in den Sozialämtern bei der Integration von SozialhilfeempfängerInnen und Langzeitarbeitslosen erworben wurden, dürfen auch bei veränderten Arbeitsvermittlungsstrukturen nicht verloren gehen.

Leben im Alter

Die Lebensentwürfe älterer Menschen in unserer Zeit haben sich radikal verändert.

Sie wollen möglichst lange und unabhängig am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Dazu ist es notwendig, dass Kultur- und Sportangebote, der öffentliche Personenverkehr, die Wohnraumplanung, Beratungsstellen und andere Hilfsdienste Angebote schaffen, die diese Teilhabe leichter ermöglichen.

Dennoch wird der Bedarf an Altenpflege weiter steigen. Insbesondere alte Menschen, die alleine leben, sind auf die Dienste von anderen angewiesen. Plätze in Pflegeheimen sind kostenintensiv, übersteigen in vielen Fällen das Einkommen der Hilfebedürftigen und sind ein steigender Ausgabenfaktor der öffentlichen Haushalte. Vor allem aber entspricht diese Unterbringung oft nicht den Wünschen der alten Menschen nach einem würdevollen Lebensabend. Komplementäre ambulante Dienste zur Unterstützung von Pflegebedürftigen zur



Vermeidung von Heimunterbringungen müssen ausgebaut und gefördert werden. Dazu gehören die Einrichtung von Tagesstätten, ein vermehrtes Angebot von Wohngemeinschaften und der Ausbau von Kurzzeit- und Nachtpflege usw. Eine solche Förderung ist nicht nur eine Investition in ein besseres Leben im Alter sondern dient gleichzeitig der Entlastung der Sozialkosten.

Gerade in Zeiten knapper Kassen plädieren Bündnis 90/Die Grünen dafür, das Leistungsspektrum der Arbeit freier Träger bei möglichst effizientem Einsatz öffentlicher Mittel zu erhalten bzw. zu erweitern.

Partizipation von Menschen mit Behinderungen

Bundes- und Landesgesetzgebung haben dem Rechnung getragen, dass Menschen mit Behinderungen eine gleichberechtigte Teilhabe am öffentlichen Leben zusteht.

Dazu gehört Integration anstatt Ausgrenzung, Akzeptanz und Förderung anstatt entmündigende Fürsorge. Das Landesgleichstellungsgesetz bestimmt, dass sich Barrierefreiheit nicht allein darauf beschränkt, Wege für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer "begehrbar" zu machen, sondern dass gleichermaßen auch für Hör- und Sehgeschädigte der Zugang am gemeinschaftlichen Leben eröffnet wird.

Betreutes Wohnen mit ausreichenden begleitenden Angeboten auch zur Strukturierung von Freizeit- und Arbeitswelt anstatt einem Leben in Heimen soll den Menschen mit geistigen und psychischen Behinderungen ein Leben mit mehr Eigenständigkeit anstatt abhängiger Rundumbetreuung ebnen. Allein die Kostensenkung darf bei dieser Entwicklung nicht das Ziel sein.



Bildung

ist Investition in die Zukunft

2

Berufskollegs:

Eine gute berufliche Bildung ist für Jugendliche eine wichtige Grundlage für die Ausgestaltung eines eigenständigen beruflichen Lebensplanes. Qualifizierte, gut gebildete Mitarbeiter sind eine zentrale Voraussetzung für erfolgreiches unternehmerisches Handeln. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Aufgabe der Berufskollegs, Jugendliche und junge Erwachsene für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu qualifizieren und den sich stets wandelnden Anforderungsprofilen der Berufswelt gerecht zu werden, eine große Bedeutung.

Die Zahl der Schülerinnen und Schüler an den Berufskollegs steigt seit Jahren bundes- und landesweit, aber auch im Kreis Coesfeld deutlich. Die drei Berufskollegs des Kreises Coesfeld haben in den letzten Jahren mit der Einrichtung neuer Bildungsgänge große Anstrengungen unternommen um den gewachsenen Anforderungen entsprechen zu können.

Wir GRÜNEN fordern, dass der Kreis als Schulträger der Berufskollegs

- die vielfältigen Initiativen der Schulen zur vorausschauenden Anpassungen an den Arbeitsmarkt durch Einrichtung neuer Bildungsgänge aktiv unterstützt,
- die Zusammenarbeit mit solchen Institutionen fördert, die für die berufsbezogene Bildungsarbeit wichtig sind (z.B. Wirt-

schaftsförderungsgesellschaften, Handwerkskammern, Landwirtschaftskammer, IHK, Euregio),

- die Kooperation der Berufskollegs mit anderen Schulträgern und Schulformen intensiviert um einerseits Ausbildungslücken zu schließen und andererseits Mehrfachangebote auf lokaler Ebene zu vermeiden,
- eine angemessene Sachausstattung der einzelnen Bildungsgänge sicher stellt und zu diesem Zweck langfristige vertragliche Regelungen mit den Berufskollegs trifft,
- die Raumknappheit an den Berufskollegs entweder durch bauliche Erweiterungsmaßnahmen oder durch Ausschöpfung des vorhandenen Potentials an öffentlichen Gebäuden behebt,
- eine Wirtschafts- und Strukturförderung betreibt, mit der zukunftsfähige Technologien und nachhaltig wirtschaftende Unternehmen im Kreis Coesfeld besser gefördert werden.

Sonderschulen:

Der Kreis Coesfeld ist als Kostenträger in unterschiedlicher Form für die Sonderschulen zuständig, die sich teils in eigener und teils in privater Trägerschaft befinden. Damit trägt er die finanzielle Verantwortung für die Förderung von mehr als 1.000 SchülerInnen im Kreisgebiet. Leider steigt entsprechend der bundesweiten Tendenz auch

in unserem Kreisgebiet die Zahl der Sonderschüler weiter an.

Wir GRÜNEN fordern, dass der Kreis

- die Finanzierung der Sonderschulen an Qualitätsstandards orientiert;
- sich für eine intensivere Zusammenarbeit der Schulen einsetzt,
- präventive Maßnahmen zur Vermeidung der Umschulung von Kindern in die Sonderschule fördert, denn: Prävention ist auf Dauer kostengünstiger als die der Ausbau von Sonderschulen,
- die Frühförderung nicht reduziert,

- wohnortnahe Beschulung von Kindern in Kooperation mit den Nachbarkreisen ermöglicht,
- pädagogisch sinnvolle Integration von Kindern und Jugendlichen, die auf besondere Förderung angewiesen sind, auf ihre Realisierungsmöglichkeiten prüft und umsetzt.

Wir setzen uns dafür ein, dass die vom Land jährlich zur Verfügung gestellte Schulpauschale vollständig für schulische Zwecke eingesetzt wird, denn Investitionen für die Bildung sind Human-Kapital.

